

DR. LYDIA HÜSKENS (FDP): BEI DER PKW- MAUT GEBEN SICH NOCH ZUSÄTZLICHE STAATSEINNAHMEN

am 29. Juli 2014

[Lydia Hüskens](#), [Maut](#), [PKW](#),
[Steuer](#)

Gerade in den Sommermonaten wird der
Sachsen Straßen ganz handfest spürbar. Der Betonkrebs

wütet - aber nicht nur in Sachsen-Anhalt. Dem Sanierungsstau will die Koalition aus CDU und SPD mit der Einführung einer allgemeinen Maut abhelfen. "So wie es den Zustand der Straßeninfrastruktur unseres Landes ist, seien es Autobahnen oder Landesstraßen, so unwahr ist es, dass dafür höhere Abgaben notwendig und erforderlich sind", so Dr. Lydia Hüskens, stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Sachsen-Anhalt.

Dies zeigt sich schon dadurch, dass der Bund für die Verkehrsinfrastruktur trotz LKW-Maut im Haushaltswechsel wieder auf den Stand vor der Einführung der Maut zurückgefallen ist. CDU und SPD senken den Ansatz ?Maut plus Haushaltsmittel? um 1,5 Mrd. € ab, der vor Einführung durch den Haushalt alleine getrieben wurde. Die 1,5-Milliarden werden für andere Baustellen im Bundeshaushalt eingesetzt, um z.B. soziale Wohltaten zu finanzieren, die sich als Hypothek für die kommenden Generationen erweisen werden.

Dies zeigt zusammen mit dem eklatanten Missverhältnis zwischen Einnahmen aus dem Verkehr von über 50 Mrd. und den Ausgaben von 14,4 Mrd., dass es bei der Debatte um die PKW-Maut nicht um eine gerechte Beteiligung der Verkehrsteilnehmer an den Sanierungsmaßnahmen der Bundesregierung nur um eine Verbesserung der Bundeshaushalts. Das ist, wenn man sich das "Nein" zu den Mautplänen im Wahlkampf zu etwaigen Mautplänen erinnert, nur mit einem Wort zu beschreiben.

Es steht zu befürchten, dass durch die Absenkung der Kfz-Steuer einerseits, die für Inländer gesenkt werden, andererseits durch zwei Gesetze zukünftige Anhebungen der Kfz-Steuer durch Absenkungen bei der Kfz-Steuer abgefedert werden. Für deutsche Steuerzahler besonders brisant ist die Absenkung, wenn die Absenkung bei der KFZ-Steuer vom Europarat als diskriminierend angesehen wird, weil sie diskriminierend ist, so wie schon die Einführung der LKW-Maut. "Dann bleibt eine PKW-Maut für alle, die faktisch mobil sein müssen", so Hüskens. "Alle zusätzlichen Belastungen werden aber Bundesländern, deren Bürger hohe Mobilität benötigen, etwa um zur Arbeit zu kommen." Also besonders auch in Sachsen-Anhalt müssen die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien zu diesem Thema endlich aufwachen. Die Ablehnung der

aktuellen... Regierung gehört auf die Tagesordnung des Landtages!

Kontakt:

Dr. Lydia Hüskens, Sprecherin der FDP Sachsen-Anhalt

www.lydia-hueskens.de